

Indigene Mobilisierung in Lateinamerika: ein wenig genutztes Potenzial

Anaïd Flesken

Im September 2014 findet die Weltkonferenz über indigene Völker der Vereinten Nationen statt, um erfolgreiche Praktiken und Perspektiven zur Verwirklichung indigener Rechte zu diskutieren. Doch in Lateinamerika sind indigene Völker nach wie vor marginalisiert und Konflikte zwischen indigenen und staatlichen Akteuren weiterhin ausgeprägt.

Analyse

Trotz der Anerkennung der Rechte indigener Völker in Lateinamerika in den vergangenen Dekaden bleiben diese weiterhin ökonomisch, politisch und sozial benachteiligt. Indigene Völker und Organisationen mobilisieren vermehrt gegen Armut und gesellschaftliche Diskriminierung.

- Marginalisierung, Ressourcenabbau und Infrastrukturprojekte gefährden nicht nur die Umwelt und indigene Lebensgrundlagen, sondern schüren auch Konflikte zwischen der indigenen Bevölkerung und staatlichen sowie nichtstaatlichen Akteuren.
- Die indigene Bevölkerung Lateinamerikas ist stark heterogen, die Grenzen zwischen den Volksgruppen sind fließend und die Selbstidentifikation ist vor allem subjektiv. Bei einer Mobilisierung entlang dieser Identitäten steht daher nicht das Zusammengehörigkeitsgefühl im Vordergrund, sondern die gemeinsamen Probleme.
- Trotz einiger Ausnahmen beschränkt sich die Mobilisierung häufig auf die lokale Ebene. Mangelnde Ressourcen, unzureichende politische Einflussmöglichkeiten und fehlender Konsens innerhalb der indigenen Organisationen verhindern eine übergreifende nationale Mobilisierung.

Schlagwörter: Lateinamerika, indigene Bevölkerungen, Marginalisierung, Bürgerrechte, gesellschaftliche/politische Bewegung

Indigene Mobilisierung in Lateinamerika

Mit dem Jahreswechsel 2014/2015 endet die Zweite Internationale Dekade der indigenen Völker, die im Jahr 2004 von den Vereinten Nationen (VN) ausgerufen wurde, um Diskriminierung zu verringern und indigene Partizipation und Entwicklung zu fördern. Im September 2014 findet dazu die VN-Weltkonferenz über indigene Völker statt, auf der „gute Praktiken“ und Perspektiven für die Verwirklichung indigener Rechte diskutiert werden sollen. Lateinamerikas indigene Völker sind nach wie vor marginalisiert, Konflikte mit staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren stehen auf der Tagesordnung. Obwohl viele indigene Gemeinschaften gegen materielle Armut und gesellschaftliche Diskriminierung protestieren, ist die Mobilisierung entlang indigener Identitätslinien nicht so stark, wie es die Missstände einerseits und die verstärkte internationale Aufmerksamkeit andererseits vermuten ließen. Erkenntnisse der Sozialen Bewegungsforschung helfen, diese Diskrepanz zu erklären.

Kollektive Mobilisierung setzt voraus, dass sich eine gesellschaftliche Gruppe als solche wahrnimmt. Die Mobilisierung entlang indigener wie anderer ethnischer Identitäten entwickelt sich nicht automatisch aus vermeintlichen biologischen oder kulturellen Gemeinsamkeiten. Indigenität ist nicht eindeutig definiert. Sie ist kein Merkmal einer „natürlichen“ kollektiven Gruppenzugehörigkeit, sondern wurde erst mit der Kolonisierung durch Europäer konstruiert. Diese fassten die ansonsten stark heterogene Bevölkerung für Verwaltungszwecke zu einer Gruppe zusammen. Heute leben etwa 50 Millionen indigene Einwohner aus etwa 600 verschiedenen Völkern in Lateinamerika. Bolivien erkennt beispielsweise 36, Venezuela 51 und Kolumbien sogar 86 verschiedene indigene Völker an. Weder die Größe der einzelnen Völker noch die Abgrenzungen zwischen den Völkern sind aber klar definiert. Indigenität existiert deshalb in erster Linie nur als Gegensatz zur weißen und mestizischen Bevölkerung,¹ wobei auch hier die Grenzen fließend sind.

Tabelle 1 illustriert die demographische Diversität Lateinamerikas. Die Zahlen zur indigenen Bevölkerung beruhen allerdings auf umstrittenen Schätzungen, denn die individuelle ethnische Identifikation ist sehr subjektiv. So bezeichneten sich in

der bolivianischen Volkszählung im Jahr 2001 noch 62 Prozent der Bevölkerung als indigen, während es 2012 nur noch 41 Prozent waren. Je größer der Anteil indigener Einwohner in einem Land, desto mehr Gehör sollten diese in der Politik des Landes bekommen. In Bolivien wie auch in anderen Ländern wird jedoch die Methode der Volkszählungen von indigenen Organisationen infrage gestellt. In Argentinien wird beispielsweise argumentiert, viele Argentinier würden sich aus Angst vor Diskriminierung nicht öffentlich als indigen bezeichnen; der Anteil der indigenen Bevölkerung sei real höher, als in nationalen Statistiken angegeben.

Indigene Mobilisierung entsteht daher nicht automatisch aus einem vorgegebenen Zusammengehörigkeitsgefühl, sondern ist Folge des Zusammenspiels mehrerer Faktoren: Voraussetzung ist, dass Mitglieder der als indigen definierten Bevölkerung unter ähnlichen Problemen (wie Armut oder Diskriminierung) leiden. Darüber hinaus spielen aber auch die Verfügbarkeit von Ressourcen, spezifische historische Erfahrungen sowie die Existenz von Gegnern und Verbündeten eine wichtige Rolle. Im Folgenden wird beispielhaft gezeigt, wie diese Faktoren dazu beitragen, ob sich indigene Völker mobilisieren, ob ihre Proteste Unterstützung finden und ob sie trotz erfolgsversprechender Anfänge schnell an Schlagkraft verlieren.

Aktuelle Konflikte

Trotz der unklaren Definition von Indigenität sind ethnische Zugehörigkeit und sozioökonomischer Status in Lateinamerika eng miteinander verbunden. Ob nach Hautfarbe, Muttersprache, ländlicher Herkunft oder Selbstdefinition kategorisiert: Der indigenen Bevölkerung geht es im Durchschnitt schlechter als der nichtindigenen, und dies gilt für Einkommen ebenso wie für Bildungsgrad, Ernährung, Gesundheit und Lebenserwartung.² Verschiedene indigene Gruppen haben in den vergangenen Jahren verstärkt gegen staatliche und nichtstaatliche Akteure mobilisiert, um eine drohende weitere Verschlechterung ihrer Situation zu verhindern. Eine zentrale Rolle spielen dabei Konflikte im Zusammenhang mit dem Abbau von Ressourcen (vor allem Bergbau) und Infrastrukturprojekten (Straßenbau und Elektrizität).

Der Besitz von Land und Ressourcen ist zunehmend konzentriert, vielfach haben sich internati-

¹ Die mestizischen Einwohner haben sowohl europäische als auch indigene Vorfahren.

² Zu Detailinformationen siehe IWGIA 2013.

Tabelle 1: Offizielle Schätzungen zum Anteil der indigenen Bevölkerung in Lateinamerika

Land	Anzahl der Angehörigen des indigenen Bevölkerungsteils	Prozentualer Anteil an der Gesamtbevölkerung	Anzahl der Völker/ Sprachen
Argentinien	600.329	1,6	über 18 Völker
Bolivien	2.811.011	41	36 Völker
Brasilien	817.000	0,42	etwa 200 Völker, inkl. 67 Völker in Isolation
Chile	1.369.563	8	9 Völker
Costa Rica	104.143	2,42	8 Völker
Ecuador	830.418	6,8	14 Völker
El Salvador	11.500	1,5	4 Völker
Guatemala	6.000.000	60	24 Völker
Honduras	520.000	11,2	7 Völker
Kolumbien	1.378.884	3,4	87 Völker, 65 Sprachen
Mexiko	15.703.474	14,9	62 Sprachen
Nicaragua	440.000	6,1	7 Völker
Panama	417.559	12,7	7 Völker
Paraguay	108.803	2	20 Völker
Peru	9.000.000 - 13.200.000	31 - 45	über 51 Völker
Uruguay	115.118	3,5	(nicht erfasst)
Venezuela	725.128	2,2	51 Völker

Quelle: Eigene Zusammenstellung aus IWGIA (2011, 2013) und den Zensusinformationen der jeweiligen Länder.

onale Konzerne eingekauft. Waldrodungen, die Einführung von Monokulturen und andere Maßnahmen haben gravierende Folgen für die Umwelt und verunreinigen Trink- und Grundwasser. Eines der derzeit umstrittensten Minenprojekte in Südamerika ist die geplante Conga Gold- und Kupfermine im Nordwesten Perus. Ihr Bau erfordert die Trockenlegung von vier Bergseen, was die regionale Trinkwasserversorgung gefährdet. Der Konflikt um die Mine forderte im Jahr 2012 fünf Tote und fünfzig Verletzte. Seit über einem Jahr zelten Anwohner um die Bergseen, um diese zu schützen, doch die Verhängung eines Ausnahmezustands und verstärkte Polizeipräsenz verhinderten die Ausweitung der Proteste. Auch in Argentinien, Ecuador, Guatemala, Kolumbien, Mexiko, Nicaragua, Panama und Venezuela protestierten indigene Gruppen in den Jahren 2012 und 2013 gegen Bergbauprojekte, Ölbohrungen und extensive Landwirtschaft; auch hier gab es Verletzte.

Weitere Konflikte entstehen durch Infrastrukturprojekte wie Schnellstraßen und Kraftwerke in indigenen Gebieten, weil deren Bau das Land für Bearbeitung und Tourismus unbrauchbar macht. Zu den Folgen gehören Umweltprobleme und Überflutungen. International bekannt sind die Proteste gegen den Belo Monte Staudamm in Brasilien (Peters 2011) und die Schnellstraße durch das

TIPNIS-Gebiet (Territorio Indígena y Parque Nacional Isiboro Securé, Nationalpark und indigenes Territorium Isiboro Securé) in Bolivien (Garzón und Schilling-Vacaflor 2012). Daneben verschärfen sich im Jahr 2012 auch die Proteste der Huave- und Zapotec-Völker im mexikanischen Oaxaca gegen die Ausweitung der Windkraftanlagen auf der Tehuantepec-Landenge sowie die der Teribe- und Brunca-Völker in Costa Rica gegen den El Diquís-Staudamm.

Formen der Mobilisierung

Neben institutionalisierten Formen des politischen Protests, wie Petitionen, Gerichtsverfahren oder parlamentarische Abstimmungen, nutzen indigene Gemeinschaften oftmals auch nichtinstitutionalisierte Formen, vor allem Protestmärsche und Streiks, aber auch Hungerstreiks und – teils gewaltsame – Straßenblockaden und Hausbesetzungen. Im bolivianischen TIPNIS-Konflikt marschierten im April 2012 Aktivisten von der Stadt Beni zum 620 Kilometer entfernten Regierungssitz in La Paz, um einen politischen Kurswechsel zu erreichen. In Ecuador marschierten indigene Organisationen 700 Kilometer in die Hauptstadt Quito, um gegen ein transnationales Minenprojekt zu protestieren. Seit

2010 protestieren Qom-Gemeinschaften in Argentinien mit Besetzungen, Blockaden und Hungerstreiks gegen Landnahmen.

Zur Mobilisierung indigener Gemeinschaften kommt es, wie im Fall Argentinien, vielfach aufgrund lokalspezifischer Probleme. Viele Protestaktionen werden aber auch von regionalen oder nationalen Organisationen durchgeführt, die sich als Interessenvertreter der indigenen Bevölkerung sehen. Hier kann man auch von panindigener Mobilisierung sprechen, da Organisationen mehrerer Völker zusammenkommen, um als indigene Völker – statt als lokale Bauern oder Arbeiter oder völkerspezifisch beispielsweise als Aymara oder Zapotec – zu agieren. Nationale indigene Organisationen sind in Bolivien und Ecuador besonders stark, existieren aber auch in Ländern mit geringerer indigener Bevölkerung, wie Brasilien, Kolumbien oder Panama. In Guatemala und Peru hingegen, Ländern mit bedeutenden indigenen Bevölkerungen, beschränken sich indigene Organisationen auf die lokale oder regionale Ebene (Van Cott 2005; Pallister 2013).

In einigen Ländern gingen aus indigenen Organisationen Politiker und politische Parteien hervor, wie beispielsweise das Movimiento al Socialismo (Bewegung zum Sozialismus) in Bolivien oder das Movimiento de Unidad Plurinacional Pachakutik (Plurinationale Einheitsbewegung Pachakutik [Zeitenwende]) in Ecuador. Erfolgreiche Parteien etablierten sich aber auch in Ländern mit vergleichsweise geringer indigener Bevölkerung, so wie die Alianza Social Independiente (Unabhängige Soziale Allianz, früher Indigene Soziale Allianz) in Kolumbien oder die YATAMA (Yapti Tasma Masraka Nanih Aslatakanka, Söhne von Mutter Erde) in Nicaragua. In Guatemala und Peru wiederum sind nur vereinzelte indigene Abgeordnete in lokalen und nationalen politischen Gremien vertreten. Trotz der großen Bevölkerungsanteile sind hier bislang keine national erfolgreichen indigenen Parteien entstanden (Pallister 2013; Raymond und Arce 2013).

Seit den 1990er Jahren sind Lateinamerikas indigene Organisationen auch verstärkt und mit durchaus beachtlichen Erfolgen in der internationalen Politik vertreten. Sie beteiligten sich beispielsweise an den beiden VN-Dekaden der indigenen Völker (1995-2004 und 2005-2014) und wirkten 2007 an der Ausarbeitung der VN-Erklärung über die Rechte der indigenen Völker mit. Sehr aktiv sind sie in den VN-Verhandlungen zu Klimaschutz und Biodiversität. Hier sind sie als besonders betroffene Bevölkerungsgruppen internatio-

nal anerkannt. Diese Anerkennung, speziell in Bezug auf Landrechte, kann zu größerer politischer Akzeptanz auf nationaler Ebene führen (Betzold und Flesken 2014).

Obwohl diese Beispiele zeigen, dass sich viele indigene Gemeinschaften in ganz Lateinamerika zur Vertretung ihrer eigenen Interessen organisieren, entspricht der Umfang dieser Aktivitäten weder ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung noch den existierenden Ungleichheiten. Das erstaunt um so mehr, wenn man einbezieht, dass das Thema Indigenität in den letzten Jahrzehnten verstärkt internationale Aufmerksamkeit fand und westliche Nichtregierungsorganisationen (NRO) die Anliegen und die politische Mobilisierung der indigenen Bevölkerung unterstützten. Zudem hätten neu entstehende Organisationen von erfolgreichen Kampagnen in benachbarten Ländern lernen können. Unzureichende Ressourcen, spezifische historische Erfahrungen, die Existenz von Gegnern und das Fehlen von Verbündeten haben zu dieser Diskrepanz ebenso beigetragen wie Interessenkonflikte innerhalb indigener Organisationen.

Fehlende Ressourcen

In allen lateinamerikanischen Ländern ist die indigene Bevölkerung sozial und wirtschaftlich marginalisiert. Für eine effektive nationale Interessenvertretung fehlen daher oftmals die nötigen finanziellen und menschlichen Ressourcen. Spontane Protestmärsche und Sitzblockaden sind folglich eher möglich als kontinuierliche Lobbyarbeit in den relevanten politischen Gremien. Dass es oft bei lokalen Protestaktionen bleibt, mag zudem an fehlenden juristischen Kenntnissen liegen – nicht zuletzt auch deshalb, weil der Staat selbst hier nicht angemessen informiert.

Zudem sind lateinamerikanische Länder relativ dünn besiedelt. Im Durchschnitt leben weniger als 30 Einwohner auf einem Quadratkilometer (zum Vergleich: in Deutschland sind es 230 Einwohner). Gerade die indigenen Völker leben vor allem in ländlichen, abgelegenen und oft schwer zugänglichen Regionen, wie dem Amazonasgebiet; dies erschwert die translokale Organisation. Ebenso wirken die Sprachbarrieren trennend. So gibt es beispielweise in Kolumbien 65 und in Mexiko 68 verschiedene Sprachen (Tabelle 1). Die Medien tragen wenig dazu bei, diese Unzulänglichkeiten wettzumachen. Zeitungen, Radio- und Fernsehprogramme berichten selten und wenn, dann oft

oberflächlich und/oder parteiisch über einschlägige Ereignisse. Sie vertreten außerdem fast ausschließlich die Interessen der traditionellen Eliten sowie von Privatunternehmern und konservativen Politikern (Kitzberger 2013).

Mit zunehmender Alphabetisierung und Digitalisierung haben sich die Möglichkeiten zur Information und Kommunikation allerdings verbessert. Schon heute nutzen indigene Aktivisten zunehmend die sozialen Netzwerke im Internet. Im Juni 2013 informierten Terena-Aktivisten in Brasilien internationale Medien – und damit auch die brasilianische Regierung – via Facebook über die Tötung eines Terena durch brasilianische Polizisten. Die Webseite <www.servindi.org> berichtet als „alternative Nachrichtenagentur“ zu indigenen Themen aus ganz Lateinamerika.

Doch auch wenn fehlende Ressourcen die Mobilisierung erschweren, besteht darin nicht der ausschlaggebende Grund für die schwache Organisation und Mobilisierung. Entscheidend ist vielmehr das Zusammenspiel dieses Faktors mit anderen hindernden Faktoren.

Spezifische historische Erfahrungen

Guatemala und Peru verfügen über einen relativ hohen indigenen Bevölkerungsanteil, doch die panindigene Mobilisierung ist dort sehr schwach, vor allem im Vergleich zu Bolivien oder Ecuador. In beiden Ländern hängt der geringe Mobilisierungsgrad vor allem mit spezifischen historischen Erfahrungen und der staatlichen Repression gegen indigene Proteste zusammen. Denn während sich in den 1970er und 1980er Jahren in anderen lateinamerikanischen Ländern indigene Organisationen bilden und entwickeln konnten, waren Peru und Guatemala bis in die 1990er Jahre von Bürgerkriegen gezeichnet, die bis heute Auswirkungen auf die gesellschaftliche Entwicklung haben. In Peru starben über 69.000 Menschen im Konflikt zwischen der maoistischen Guerillagruppe Sendero Luminoso (Leuchtender Pfad) und der peruanischen Regierung. In Guatemala gab es im Laufe des 36-jährigen Bürgerkriegs zwischen Guerillafractionen und staatlichen Sicherheitskräften über 200.000 Todesopfer und Vermisste. In beiden Ländern stellte die indigene Landbevölkerung das Gros der Opfer; viele flohen in die Städte oder gar ins Ausland. Dies schwächte bestehende soziale Strukturen, die eine Basis für die politische Mobilisierung hätten bilden können. Zudem ver-

hinderte die Gewalt eine Organisierung, da politisches Engagement sowohl von Rebellengruppen als auch von staatlichen Sicherheitskräften als feindliche Aktivität gewertet wurde (Van Cott 2005; Pallister 2013).

In Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern konnten sich indigene Interessengruppen in Guatemala und Peru daher erst spät entwickeln. Auch wenn es in beiden Ländern vermehrt Organisierungsbemühungen auf nationaler Ebene gibt, kommen doch viele Organisationen nicht über eine lokale Verankerung hinaus. Diese Fragmentierung verhindert panindigene Bewegungen und somit auch die Herausbildung eines übergreifenden indigenen Gemeinschaftssinns. Als beispielsweise die guatemaltekeische Friedensnobelpreisträgerin und Angehörige der Maya Rigoberta Menchú in den Jahren 2007 und 2011 bei den Präsidentschaftswahlen antrat, erhielt sie nur etwa 3 Prozent der Stimmen.

In Peru gibt es ebenfalls keine erfolgreiche indigene Partei. Das fehlende Interesse der Bevölkerung an direkter indigener Repräsentation lässt sich dort mit unterschiedlicher Wahrnehmung der eigenen Interessen erklären. Zwar haben indigene Organisationen das Thema der indigenen Rechte erfolgreich als Erste auf die politische Agenda gesetzt, doch inzwischen wurde es von anderen, größeren Parteien aufgenommen. In Peru haben Politiker in den letzten Jahren von den Entwicklungen in den Nachbarländern gelernt und vermehrt die Anliegen indigener Peruaner in ihre Argumentation einbezogen; damit haben sie den indigenen Organisationen den Wind aus den Segeln genommen (Raymond und Arce 2013).

Verbündete und Gegner

Neben fehlenden Ressourcen und Möglichkeiten spielen auch verbündete und gegnerische Kräfte eine große Rolle, wenn es um die Mobilisierung geht. In Lateinamerika hat die katholische Kirche häufig die Organisierung der indigenen Bevölkerung erleichtert. Dies gilt auch für zahlreiche NRO und zunehmend für internationale Organisationen, wie den VN-Sondergesandten für Indigene Völker.

Gegner indigener Organisation sind hingegen häufig Vertreter wirtschaftlicher Interessen und Regierungen. Sie verfolgen nicht nur entgegengesetzte Ziele und sind an der Organisierung indigener Völker nicht interessiert, sondern versuchen

diese auch aktiv zu verhindern. So verwies der bolivianische Präsident Evo Morales im Dezember 2013 – seiner indigenen Rhetorik zum Trotz – die dänische Entwicklungshilfeorganisation IBIS des Landes, weil sie sich „ungebührlich in die interne Politik eingemischt“ habe. Die Anschuldigungen gegen IBIS wurden nicht weiter ausgeführt, doch es scheint, dass sie für ihre Unterstützung indigener Organisationen bei Auseinandersetzungen mit der Regierung abgestraft wurde.

Ein besonders bezeichnendes Beispiel ist Chile, wo seit 2002 mehrfach – zuletzt 2013 – das Antiterrorismusgesetz gegen Mapuche-Aktivist*innen eingesetzt wurde (Richards 2010; IWGIA 2013). Zwar kam es bei den Konflikten mit Mapuche um Landrechte häufiger zu gewaltsamen Aktionen wie Landbesetzungen, Brandstiftung und Mord. Solche Straftaten können allerdings durch Anwendung des bestehenden Strafrechts sanktioniert werden. Vergehen wie Landbesetzung oder Brandstiftung gelten auch im internationalen Recht nicht als Terrorismus. Auf der Grundlage des Antiterrorismusgesetzes können aber Maßnahmen ergriffen werden, die in regulären strafrechtlichen Verfahren unzulässig sind: Verdächtige können für unbegrenzte Zeit ohne Anklage in Untersuchungshaft genommen und die Identität von Zeugen, die Ermittlungen sowie der Gerichtsprozess selbst geheim gehalten werden. Darüber hinaus legitimiert das Gesetz staatliche Gewaltanwendung im Zuge von Polizeimaßnahmen zur Terrorprävention und stellt protestierende Mapuche unter Generalverdacht. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch verurteilte bereits im Jahr 2004 die Anwendung des Antiterrorismusgesetzes als unverhältnismäßig; zu diesem Zeitpunkt waren bereits mehrere Prozesse aus Mangel an Beweisen eingestellt worden. So wird politische Mobilisierung erschwert.

Interessenkonflikte

Damit es überhaupt zu Mobilisierungsbemühungen kommt, müssen die Betroffenen gemeinsame Interessen wahrnehmen. Obwohl indigene Völker von außen oft als homogene Interessengemeinschaft gesehen werden und obwohl sie vielfältige gemeinsame Probleme haben, nehmen sie diese häufig unterschiedlich wahr. Wie in anderen Gruppen auch gibt es unterschiedliche Meinungen zu politischen Strategien. Diese Differenzen sowohl zwischen indigenen Völkern als auch innerhalb der Volksgruppen beruhen unter

anderem auf unterschiedlicher geographischer Verortung und entsprechenden lokalen Problemen und Konflikten sowie dem Grad der Integration in die Gesamtgesellschaft beziehungsweise den Staat. Einer der Hauptgründe für Meinungsverschiedenheiten besteht im unterschiedlichen Verständnis von Entwicklung. Während manche indigenen Gruppen sich am westlichen, wachstumszentrierten Entwicklungsverständnis orientieren, setzen andere auf das sogenannte „Gute Leben“ (*buen vivir* oder *sumak kawsay*), das der Sozial- und Umweltverträglichkeit von Entwicklung größere Bedeutung beimisst.

Im bereits erwähnten TIPNIS-Konflikt in Bolivien argumentieren beispielsweise vor allem Tieflandorganisationen gegen den Bau der Straße und für Umweltschutz, während Hochlandorganisationen für den Bau und damit – aus ihrer Sicht – für wirtschaftliche Entwicklung eintreten und die Position der Regierung teilen. Im Zuge solcher internen Konflikte kommt es nicht selten zu einer Debatte darüber, wer „wirklich indigen“ ist. Präsident Morales, der sowohl in Bolivien als auch international als erster indigener Präsident gefeiert wurde, wird von manchen Aktivist*innen als „Sozialist statt Indigener“ oder sogar als „Feind der indigenen Bewegung“ bezeichnet (Albro 2010: 416). Solche Differenzen untergraben die Entstehung oder den Ausbau starker überregionaler indigener Bewegungen.

Stattdessen organisieren sich indigene Gemeinschaften in problemzentrierten lokalen oder berufsbezogenen Interessengemeinschaften. Wo andere Akteure, wie beispielsweise linke Parteien oder kirchliche Organisationen, sich des Problems der sozioökonomischen Ungleichheit annehmen, organisieren sich die Interessenvertretungen nicht entlang kollektiver indigener, sondern anderer sozialer Identitäten. Die Schnittmenge der Interessen von indigenen und linken Organisationen und Parteien ist allerdings begrenzt, wie die Erfahrungen der nationalen indigenen Organisationen in Bolivien und Ecuador zeigen. Während indigene und linke Organisationen Anfang der 2000er Jahre in der Auseinandersetzung mit der neoliberalen Regierung noch an einem Strang zogen, stehen die indigenen Organisationen nach der Wahl der linksgerichteten Regierungen von Evo Morales und Rafael Correa nun in Auseinandersetzung mit ihren ehemaligen Alliierten in Gewerkschaften und Arbeiterparteien (Van Cott 2009).

Bürgerrechte und Partizipation

Ein Zusammenspiel verschiedener Faktoren erklärt die ungleichmäßige politische Mobilisierung indigener Völker in Lateinamerika. Führt man sich ihre Diversität vor Augen, ist diese Ungleichmäßigkeit weniger verwunderlich. Der Hauptgrund für indigene Mobilisierungen – wie auch immer definiert – scheint sozioökonomische Ungleichheit zu sein. Die Erfahrungen in Lateinamerika legen daher nahe, dass die VN-Weltkonferenz über indigene Völker im September 2014 ein besonderes Augenmerk auf den Abbau sozialer Ungleichheit richten wird. Dazu ist es zunächst einmal wichtig, dass sich Regierungen an die Regeln der repräsentativen Demokratie halten, denen sie sich vorgeblich verpflichtet fühlen, und diese auch in allen Teilen des Landes für alle gesellschaftlichen Gruppen garantieren. Denn während sich viele lateinamerikanische Regierungen vor allem seit den 1990er Jahren zu indigenen Rechten bekannt haben, werden diese in der Praxis selten umgesetzt. Stattdessen werden Partizipationsversuche indigener Gruppen weiterhin ignoriert oder gar unterdrückt. Eine Öffnung der bestehenden politischen Strukturen gäbe marginalisierten Teilen der Bevölkerung effektivere Möglichkeiten zur Interessenvertretung und könnte zur Reduktion des gesellschaftlichen Konfliktpotenzials beitragen.

Um die politische, wirtschaftliche wie auch gesellschaftliche Beteiligung speziell der indigenen Bevölkerung zu erreichen, ist es zudem notwendig, weitere marginalisierende Faktoren – wie beispielsweise die Auswirkungen historischer Prozesse – auszugleichen. Dies kann durch sogenannte positive Diskriminierung indigener Bürger und Volksgruppen geschehen. Nur so können Gespräche auf Augenhöhe beginnen und die politische Arena kann von allen Teilen der Bevölkerung gleichermaßen genutzt werden.

Schließlich müssen Regierungen anerkennen, dass indigene Völker stark heterogen sind. Eine Einführung oder Stärkung partizipativ-demokratischer und indigener Institutionen – parallel zur Einbeziehung in die Institutionen der repräsentativen Demokratie – kann dazu beitragen, auch Minderheiten innerhalb dieser Gruppe Gehör zu verschaffen. Indigene Rechte können erst dann voll verwirklicht werden – und das ist das Hauptziel der VN-Weltkonferenz –, wenn diese Grundvoraussetzungen geschaffen worden sind.

Literatur

- Albro, Robert (2010), Bolivia's "Evo Phenomenon": From Identity to What?, in: *Journal of Latin American Anthropology*, 11, 2, 408-428.
- Betzold, Carola, und Anaïd Flesken (2014), Indigenous Peoples and International Environmental Negotiations: Evidence from Climate Change and Biodiversity, in: Thoko Kaime (Hrsg.), *Cultural Legitimacy and the International Law and Policy on Climate Change*, Abingdon: Routledge, 63-83.
- Garzón, Jorge, und Almut Schilling-Vacaflor (2012), *Infrastrukturprojekte zwischen geopolitischen Interessen und lokalen Konflikten*, GIGA Focus Lateinamerika, 10, online: <www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_lateinamerika_1210.pdf> (14. März 2014).
- Human Rights Watch (2004), *Undue Process: Terrorism Trials, Military Courts, and the Mapuche in Southern Chile*, online: <www.hrw.org/reports/2004/10/26/undue-process> (28. März 2014).
- International Work Group for Indigenous Affairs (IWGIA) (2011), *The Indigenous World 2011*, Copenhagen.
- International Work Group for Indigenous Affairs (IWGIA) (2013), *The Indigenous World 2013*, Copenhagen.
- Kitzberger, Philip (2013), *Medien in Lateinamerika: Zeit für Reformen*, GIGA Focus Lateinamerika, 6, online: <www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_lateinamerika_1306.pdf> (14. März 2014).
- Pallister, Kevin (2013), Why No Mayan Party? Indigenous Movements and National Politics in Guatemala, in: *Latin American Politics and Society*, 55, 3, 117-138.
- Peters, Ina (2011), *Der Belo Monte Staudamm: Paradebeispiel für eine erfolgreiche Zivilgesellschaft in Brasilien?*, GIGA Focus Lateinamerika, 9, online: <www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_lateinamerika_1109.pdf> (14. März 2014).
- Raymond, Christoph, und Moisés Arce (2013), The Politicization of Indigenous Identities in Peru, in: *Party Politics*, 19, 4, 555-576.
- Richards, Patricia (2010), Of Indians and Terrorists: How the State and Local Elites Construct the Mapuche in Neoliberal Multicultural Chile, in: *Journal of Latin American Studies*, 42, 59-90.
- Van Cott, Donna Lee (2005), *From Movements to Parties in Latin America: The Evolution of Ethnic Politics*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Van Cott, Donna Lee (2009), Indigenous Movements Lose Momentum, in: *Current History*, 2, 83-89.

■ Die Autorin

Dr. Anaïd Flesken ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am GIGA Institut für Lateinamerika-Studien. Sie untersucht die Wechselwirkungen von politischen Prozessen und ethnischer Mobilisierung in den Andenländern, gefördert seit April 2014 durch ein Postdoc-Stipendium der Fritz Thyssen Stiftung. Sie ist Mitglied der GIGA Forschungsschwerpunkte 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ und 2 „Gewalt und Sicherheit“.

E-Mail: <anaid.flesken@giga-hamburg.de>, Webseite: <www.giga-hamburg.de/team/flesken>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Fragen zu ethnischen Beziehungen und insbesondere zu indigenen Völkern werden im Rahmen der GIGA Forschungsschwerpunkte 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ und 2 „Gewalt und Sicherheit“ behandelt. Zwei drittmittelfinanzierte Forschungsprojekte befassen sich mit Ressourcenverteilung und Konflikten in Lateinamerika.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Barrera Vivero, Anna (2012), *Promoting Change in Legally Plural Settings: Domestic Violence and Indigenous Women's Quest for Justice in the Andes*, unveröffentlichte Dissertation, Hamburg: Universität Hamburg/GIGA.

Flesken, Anaïd (2013), Ethnicity Without Group: Dynamics of Indigeneity in Bolivia, in: *Nationalism and Ethnic Politics*, 19, 3, 333-353.

Flesken, Anaïd (2014), On the Link Between Ethnic Politics and Identification: Lessons from Bolivia, in: *Ethnopolitics*, 13, 2, 159-180.

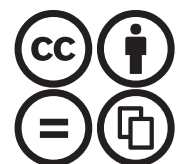
Schilling-Vacaflor, Almut, und Anna Barrera (2011), *Lateinamerikas neue Verfassungen: Triebfedern für direkte Demokratie und soziale Rechte?*, GIGA Focus Lateinamerika, 2, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/lateinamerika>.

Schilling-Vacaflor, Almut, und René Kuppe (2012), Plurinational Constitutionalism: A New Era of Indigenous-State Relations?, in: Detlef Nolte und Almut Schilling-Vacaflor (Hrsg.), *New Constitutionalism in Latin America: Promises and Practices*, Aldershot: Ashgate, 347-370.

Seemann, Miriam (2009), Kampf gegen internationale Bergbaufirmen. Ecuador: Indigener Protest im Amazonas, in: *Wissenschaft und Frieden*, 2, online: <http://wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=1535>.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere die korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch und Chinesisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Lateinamerika wird vom GIGA Institut für Lateinamerika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Sabine Kurtenbach; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Hanspeter Mattes; Lektorat: Ellen Baumann; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Lateinamerika-Studien

IMPRESSUM